

# Zwölf Punkte für Amichai

**FRANKFURT AM MAIN** Das Jugendzentrum möchte erstmals die Jewrovision gewinnen

VON DANIJEL MAJIC

Leon gehört dazu. So viel darf man verraten. Auch Arkadi und Artyom, alle drei um die 16, alle drei Bandmitglieder. Welche Instrumente sie spielen, welche Musikrichtung, wie das Lied heißt, dass sie an diesem Sonntag proben – bleibt ihr Geheimnis. Geht es nach den Jugendlichen im Frankfurter Jugendzentrum Amichai, würde am besten gar nichts verraten, nicht einmal, dass es die Band gibt. Erst recht nicht, wer alles am 20. Februar in Köln bei der Jewrovision auf der Bühne stehen wird.

Wenn es um den anstehenden Jewrovision Song Contest geht, ist Geheimniskrämerei das oberste Gebot. Seit Anfang Dezember laufen die Vorbereitungen, trifft sich die Band zweimal wöchentlich. Ende Februar, in der Woche zwischen Karneval und Purim, soll es nach Köln gehen.

»Das ist unglaublich wichtig für alle«, betont Alexej Tarchis, Leiter des Jugendzentrums, der sich angesichts des ganzen Trubels ein leichtes Grinsen nicht verhehlen kann, was nicht heißen soll, dass er die Vorbereitungen nicht ernst nehmen würde. Der Ehrgeiz der Frankfurter Jugendlichen ist aus seiner Sicht mehr als verständlich. »Es ist leider so, dass Frankfurt den Wettbewerb noch nie gewonnen hat.«

**PRÄSENTATION** In diesem Jahr soll es klappen. Das Ziel ist klar: »Zwölf Punkte für Frankfurt«. Diesen Satz möchten die Jugendlichen am 20. Februar so oft wie nur möglich hören. Das einzige, was nicht geheim ist, sind die Vorgaben: Die Teilnehmer müssen ein Video über das eigene Jugendzentrum einreichen, maximal vier Minuten lang. Anschließend folgt der Bühnenauftritt, acht lange Minuten Tanz und Gesang. Frankfurt, so viel steht fest, setzt in diesem Jahr auf eine Eigenkomposition. »Der Text ist fertig«, sagt Arkadi, »aber an der Melodie arbeiten wir noch.«

Aufregung und eine gesunde Portion Misstrauen gehen diese Tage Hand in Hand. Erst am Vormittag hatte unangemeldeter Besuch für Aufregung gesorgt. Einige Mitarbeiter aus anderen Jugendzentren wollten Alexej Tarchis sprechen. Sofort hieß es: »Macht das Video aus! Schließt den Spiegelsaal ab!« Kein einziges Detail soll nach außen dringen. Auch die Choreografie unterliegt der Geheimhaltung.

**TAKTGEFÜHL** Im Spiegelsaal ist derweil wieder Ruhe eingekehrt, so, dass die Tanzproben weitergehen können. Tanzlehrer Damaso Mendez-Leroy kehrt seinen Schützlingen den Rücken zu. Dafür, dass er sie immer im Blick hat, sorgt die Spiegelwand, die sich über die halbe Raumlänge zieht. »Heute machen wir bis sechs«, ruft er den Jugendlichen zu, die sich hinter ihm in zwei Reihen aufgestellt haben. »Am Anfang dachte ich, das wird nie funktionie-



Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird professionell trainiert.

Foto: Judith König

ren«, gibt Mendez-Leroy zu. Inzwischen aber hat sich die Tanzgruppe schon viermal getroffen, und aus den schlaksigen Bewegungen, die sonst das Auftreten der

»Ta« eine andere Stelle ihres Körpers bezeichnen würde. Welche Körperteile geschwungen werden, wie viele Tänzer in Köln auf der Bühne stehen werden, das bleibt natürlich auch geheim.

## Die Konkurrenz ist groß, deswegen bleiben alle Vorbereitungen geheim.

Zu den Tänzern gehört auch Jonathan, der von sich behauptet, im normalen Leben eher ein »PC-Held« zu sein und einen großen Teil des Tages vor dem Bildschirm zu verbringen. Man merkt es dem 16-Jährigen nicht an. Auf Kommando springt er blitzschnell in die Ausgangsposition, spannt die Muskeln an und spult die Teile des Auftritts so flüssig runter, als hätte er die ganze Woche im Spiegelsaal verbracht. Sich ins Zeug zu legen, ist für ihn eine »Ehrensache«, wie auch für den Rest der Truppe. »Schließlich präsentiert man auf der Bühne seine Stadt.«

**ZUVERSICHT** »Das wird was«, gibt sich Tanzlehrer Mendez-Leroy zuversichtlich. Im Probenraum nebenan ist die Stimmung unterdessen etwas gedämpfter. »Wir proben und erreichen nichts«, platzt es aus Bandmitglied Leon heraus. Ein gewisses Maß an Understatement schwingt in seinen Worten mit. Tatsache aber ist, dass bei aller Euphorie, allem Engagement, die Frustrationsgrenze in den letzten Wochen gesunken ist. »Das ist eine schwierige Balance, die wir hier halten müssen«, betont Jugendleiter Tarchis. Denn bei aller Verbissenheit soll der Spaß nicht zu kurz kommen. Ein Monat bleibt den Jugendlichen noch. Das Publikum, unter dessen Augen die Proben ablaufen, ist derweil schon siegesgewiss. »Frankfurt – 12 Punkte«, schallt es durch den Spiegelsaal.

Ein angemessener Rahmen für einen historischen Anlass: Am Montag unterzeichneten Ministerpräsident Günther Oettinger und Repräsentanten der jüdischen Religionsgemeinschaften in Württemberg und Baden im Runden Saal der Villa Reizenstein in Stuttgart einen Staatsvertrag. Er sichert der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden (IRG Baden) die rechtliche Gleichstellung mit den christlichen Kirchen zu.

Mit dem Staatsvertrag werden die bisher freiwilligen Zahlungen des Landes verbindlich zugesagt. Die bisherige Pauschale pro Gemeindeglied wird auf 750 Euro erhöht und steigt bis zum Jahr 2015 jährlich um 1,5 Prozent, das heißt stufenweise von 500.000 Euro in diesem Jahr auf eine Million bis 2014. Darüber hinaus wird die ungestörte Ausübung der Religion an jüdischen Feiertagen zugesichert und das Recht der jüdischen Gemeinden, in Krankenhäusern, Heimen, Gefängnissen und der Polizei Seelsorge anzubieten, bestätigt. Jüdischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ist ordentliches Lehrfach.

»Jüdisches Leben ist für immer Teil unseres Landes«, sagte Oettinger. Mit dem Wiederaufbau von Synagogen, der jüdischen Grundschule in Stuttgart und der Gestaltung des KZ-Gräberfeldes am Stuttgarter Flughafen sei bereits viel erreicht worden. »In den vergangenen Jahren wurde uns immer deutlicher bewusst, dass das Verhältnis des Landes und seiner jüdischen Gemeinden in Form eines Staatsvertrages rechtlich auf die politisch höchste Stufe gestellt werden muss«, bekannte der Ministerpräsident.

Barbara Traub, Vorstandssprecherin der IRGW, sagte, durch den Staatsvertrag würden Land und jüdische Gemeinschaft »Partner mit Zukunft«. Projekte wie der Wiederaufbau der Synagoge Ulm könnten forciert werden, die Jugendarbeit ausgebaut und ein Internatsbau für die jüdische Grundschule angedacht werden. Zur Zeit zählt die IRGW etwa 500 Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Die IRGW hat etwa 3.150, die IRG Baden etwa 5.000 Mitglieder.

»Ein historisches Ereignis« nannte Wolfgang Fuhle den Staatsvertrag. Zwei Jahrhunderte, nachdem in Baden die erste jüdische Religionsgemeinschaft auf deutschem Boden gegründet worden sei, erreiche die IRG Baden »die höchste staatliche Anerkennung und Gleichstellung mit den Kirchen«, so der Vorsitzender des Israelitischen Oberrats in Baden. »Der Erfolg der Integrationsarbeit kann sich durchaus sehen lassen, aber im religiösen Bereich haben wir erheblichen Nachholbedarf«, sagte Fuhle. »Mit dem Staatsvertrag garantiert die Landesregierung die Lebensfähigkeit jüdischer Gemeinden«, äußert sich Meinhard M. Tenné, Ehrenvorstand der IRGW zufrieden. *Brigitte Jähnißen*

Anzeige

## »Fünfte Kolonne«

**PEENEMÜNDE** Eine Wanderausstellung über Juden in Ostdeutschland

Der Ort Peenemünde auf Usedom bietet sich auf eigenartige Weise für die Wanderausstellung der Stiftung Neue Synagoge Berlin »Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland« an, mithilfe von zehn Biografien wird versucht, Brücken zu schlagen über die Zäsuren der Geschichte. In der ehemaligen Heeresversuchsanstalt waren die sogenannten Vergeltungswaffen entwickelt worden, bei der Produktion der V1 und V2 später im Konzentrationslager Mittelbau Dora kamen mehr Menschen um Leben als durch den Raketenbeschuss auf London oder Antwerpen.

Das Historisch-Technische Museum in Peenemünde versteht sich als historisches Museum, in dem die Technik für gesellschaftliche Prozesse steht – auch bei der Raketentechnik war 1945 die Geschichte nicht zu Ende. Und auch die Ausstellung zu zehn jüdischen Schicksalen in Ostdeutschland schlägt eine Brücke über das Ende der Nazizeit 1945 hinaus.

Die zehn Stelen porträtieren knapp je eine Person. Und bei dem, was da anhand auch vieler kopierter Dokumente zu sehen ist, muss man schon wieder von »Schick-

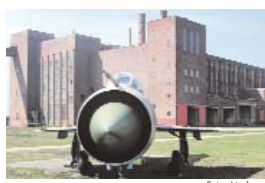
sal« sprechen: Die Juden, die überlebt hatten oder zurückgekehrt waren, hatten keine Chance auf Wiedergutmachung. Darüber hinaus sahen sie sich mannigfachen Vorwürfen ausgesetzt, so der Chef des Historisch-Technischen Museums, Christian Mühldorfer-Vogt. Da ist die Rede von »jüdischen Nationalisten«, anderen wird vorgeworfen, Imperialisten zu sein. »Angesichts der damals herrschenden Dimitroff-Doktrin war das der implizite Vorwurf, Faschist zu sein. Das hat mich schon sehr getroffen«, sagt Mühldorfer-Vogt.

Aber auch der Kontakt zu Engländern vor dem Krieg konnte zum Spionagever-

wurf führen und brachte eine jüdische Frau nach 1945 sofort in ein NKWD-Lager. Die Vorwürfe lauteten auf Fluchthilfe, Textstahlschmelze, Wirtschaftssabotage.

Fast alle Juden, die in der Ausstellung vorgestellt werden, waren als Verfolgte des Naziregimes anerkannt, viele sogar SED-Mitglieder geworden. Aber selbst ihr Engagement beim Wiederaufbau eher kleiner jüdischer Gemeinden wurde missstrauisch beäugt, sie galten als fünfte Kolonne des Westens. Die Vorwürfe, die in kopierten Dokumenten nachzulesen sind, gleichen weitgehend denen, mit denen schon die Nazis die Juden versucht hatten zu brandmarken, so Mühldorfer-Vogt. »Einem ehemaligen Hotelbesitzer auf Rügen, der versuchte, sein arisiertes Eigentum zurückzubekommen, wird 1953 in einer Vernehmung vorgeworfen, ein raffigieriges kapitalistisches Element zu sein. Das klingt genauso wie vor 1945.« *Martin Haufe*

Zwischen Bleiben und Gehen – Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956. Die Ausstellung ist bis zum 7. März im Kraftwerk Peenemünde zu sehen.



Ausstellungsort Peenemünde

Foto: Limberg

## ISRAELS ZUKUNFT SICHERN

Zeigen Sie Ihre Verbundenheit mit Israel und machen Sie der nächsten Generation ein Geschenk. Mit Ihrem Testament zugunsten Israels helfen Sie die Zukunft des Landes zu sichern.

Seit mehr als 50 Jahren leistet der KKL Hilfe bei der Erstellung und Überarbeitung von Testamenten. Hierbei stehen die Interessen des Vererbenden und der Erben im Vordergrund. Der KKL vermittelt bei Bedarf gerne rechtliche Beratung, etwa zur Minimierung der Erbschaftssteuer oder bei Unklarheiten unter den Erben.

Vereinbaren Sie einen unverbindlichen Beratungstermin

**Telefon: 069 - 97 14 02 11**

in unserem Büro oder bei Ihnen.

Als Delegierter des Jüdischen Nationalfonds e.V. – Keren Kayemeth Lelsrael (KKL) beraten Sie vertraulich in Erbschaftsangelegenheiten zugunsten Israels.

Ihr

Moshe Oppenheimer



JÜDISCHER NATIONALFONDS e.V.  
Liegenschaft 24 · 60323 Frankfurt/M. · Tel. (069) 97 14 02-11 · Fax (069) 97 14 02-25